

Protokoll zur Landesversammlung des saarländischen Landesverbands des FVDZ am 22.05.2013 um 16:00h im „Haus der Zahnärzte“ in Saarbrücken

1. Eröffnung der Landesversammlung durch den Versammlungsleiter

Dr. Martin Honig eröffnet die Landesversammlung als Versammlungsleiter pünktlich und stellt die Beschlussfähigkeit der LV fest.

2. Begrüßung durch den Landesvorsitzenden

Honig spricht die Anwesenden an und bittet darum, die diesjährige LV mit einem Gedenken der verstorbenen Mitglieder zu beginnen. Mit dem Verweis, dass Herr RA Michael Lennarz als Justitiar des FVDZ während der Versammlung anwesend sei, bittet er darum, die LV pünktlich beenden zu können, da Herr Lennarz dann mit seinem Fortbildungsvortrag beginnen würde. Honig fährt fort, dass er heute keinen klassischen Bericht vorlegen wolle, sondern vielmehr auf die Leistungen seiner Vorstandskollegen abzielen werde. In der Folge beschreibt er die Tätigkeitsfelder der einzelnen Mitglieder: ZA Ruffing kümmere sich um die Studenten, Dr. Christiane Wagner betreue den saarländischen ZORA-Stammtisch, Dr. Elisabeth Glatz-Noll und Dr. Alfred Weidmann haben viel zur Kommunikation beigetragen und Dr. Dr. Mike Jacob leite die Geschäftsstelle. Honig selbst würde selbst eine flache Hierarchie bevorzugen, um den Verband auf eine breite Basis zu stellen. Honig verwies darauf, dass als kleiner Landesverband die grundlegenden Arbeiten nicht weniger aufwendig seien als z.B. in Bayern auch. Hiermit endete der Tagesordnungspunkt. Als Honig nun vorschlug, in der LV weitere Handlungsfelder zu diskutieren, erinnerte Dr. Hans Tascher, dass die Tagesordnungspunkte einzuhalten seien, weshalb man mit der Diskussion zum Bericht fortfuhr.

3. Diskussion zum Bericht des Landesvorsitzenden

Zunächst fragte Dr. Hans Tascher bezugnehmend auf zwei politische Infoveranstaltungen mit MDB Herr Oliver Luksic (FDP) und MDB Herr Markus Tressel (Die Grünen), ob sich der Vorstand denn politisch positionieren wolle. Honig antwortete, man solle zwar keine Empfehlungen abgeben, aber es sei politisch sinnvoll, keine Türen zuzuschlagen. Dr. H. Tascher verwies auf das Positionspapier zwischen BZaeK und dem FVDZ, nach dem man in weiteren Gesprächen bleiben solle, da die Entscheidungsprozesse noch nicht abgeschlossen seien. Tascher stellte die Frage, ob auch ein Gesundheitspolitiker der CDU eingeladen werden solle. Honig verwies darauf, dass dies nur noch schwer zu terminieren sein würde, wobei die Grundfrage darum ginge, ob ein Systemwechsel stattfinden wird. In diesem Falle habe er selbst z.B. keine Erwartungen an die SPD. Letztendlich käme es immer auf die Einzelpersonen an und so würden bspw. er und Herr Tressel (Die Grünen) sich persönlich kennen und auch mögen, was er ausnutzen wolle. Dr. Christiane Wagner gibt zu bedenken, dass man keine Nähe zu den Grünen suggerieren soll, die gar nicht vorhanden sei. Dr. Dr. Mike Jacob sagt, dass sein Kontakt zu Oliver Luksic von der FDP sehr professionell abgelaufen sei, auch ohne eine persönliche Beziehung zu diesem zu haben. Dr. Alfred Weidmann wandte ein, dass man egal bei welcher Partei versuchen sollte, sich in das politische Geschehen einzubinden, um die Steuerungshebel mitzubedienen. Dr. Gisela Tascher beantragt in diesem Zusammenhang, dass auch noch die CDU gesundheitspolitisch gehört werde, da Angela Merkel gute Chancen auf eine weitere Kanzlerschaft habe. Aus diesem Grunde wird an dieser Stelle folgender Beschluss gefasst:

„Die Landesversammlung fasst den Beschluss, weitere Gespräche mit den maßgeblichen politischen Parteien zum Thema Gesundheitspolitik zu führen. Die Landesversammlung beschließt, dass der Landesvorstand noch vor der Bundestagswahl eine Infoveranstaltung mit der CDU vereinbart.“

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig

4. Bericht zum abgelaufenen Geschäftsjahr durch den Geschäftsführer

Nach der abgeschlossenen Diskussion übernahm Geschäftsführer Dr. Dr. Mike Jacob, M.A. mit einem visualisierten Bericht zum abgelaufenen Geschäftsjahr den nächsten Tagesordnungspunkt der Landesversammlung. Jacob erläuterte zunächst die seit April 2012 ausgesandten Rundschreiben sowie die im DFZ platzierten Publikationen des Landesverbands und hob schließlich die vielen angebotenen Fortbildungen hervor, die regen Anklang gefunden hatten. Als Highlight nannte er die Einführung des ZORA-Stammtisches unter Moderation des Vorstandsmitglieds Dr. Christiane Wagner, die ihrerseits die bisher stattgefundenen zwei Abende kommentierte und darauf verwies, dass schon beim letzten Male „volle Hütte“ gewesen sei. Anschließend kam die Homburger Studentin cand. med. dent. Katharina Pawlik zu Wort, die von ihrem

Aufenthalt beim diesjährigen Winterkongress in Davos für den saarländischen Landesverband berichtete. Die Übersicht der Aktivitäten wurde visualisiert dargestellt:

1. Rundschreiben des saarländischen Landesverbands:

- 02.05.2012: Resümee und Beschlüsse zur Landesversammlung des FVDZ Saar am 25.04.2012
20.06.2012: Selbstverteidigungskurs für Zahnärztinnen und Zahnärzte
14.09.2012: ZORA Stammtisch für Zahnärztinnen im Saarland
21.01.2013: Neujahrsrundschreiben "Ducunt fata volentem, nolentem trahunt"
05.04.2013: Einladung und Anmeldung zur Landesversammlung und Einladung und Anmeldung zu den politischen Informationsveranstaltungen mit MDB Oliver Luksic und MDB Markus Tressel (Die Grünen)

2. Veranstaltungen und Fortbildungen

- 25.04.2012 Referent: Dr. Michael Korsch, M.A. (Oberarzt der oralchirurgischen Abteilung der zahnärztlichen Akademie Karlsruhe)
Thema: Verkaufen oder Beraten - was ist der richtige Weg zum implantologischen Erfolg?
- 31.05.2012 Referent: Dr. Andreas Bartols, M.A. (Oberarzt an der Akademie für zahnärztliche Fortbildung, Karlsruhe)
Thema: Endodontie – Chirurgie, continued - Grenzen, Techniken, Entscheidungssystematik
- 17.10.2012 Referent: Dr. Andreas Bartols, M.A. (Oberarzt an der Akademie für zahnärztliche Fortbildung, Karlsruhe)
Thema: Endo mit einer Feile – Geht das?
- 17.11.2012 ZORA-Stammtisch, Moderation Dr. Christiane Wagner
Referent: Martin Hoffmann, stv. Dienststellenleiter Gesamtpolizei Saarlouis
Thema: sicherheitsrelevante Aspekte zum Notdienst
- Januar/Februar 2013 4-teiliger Selbstverteidigungskurs für Zahnärztinnen im DefenceClub Dillingen
Leiter: Sifu Martin Hoffmann (mit Ausbilderteam)
- 20.03.2012 ZORA-Stammtisch, Moderation Dr. Christiane Wagner
Referent: Bernd Zender, Referent im Rettungswesen, Lehrrettungsassistent und staatlich geprüfter Desinfektor
Thema: Der Notfall in der Zahnarztpraxis: Erste Schritte im Krisenmanagement
- 30.04.2013 Referent: MDB (Mitglied des Bundestages) Oliver Luksic, FDP
Thema: Konzepte des freiheitlichen Gesundheitssystems in Solidarität und Eigenverantwortung
- 06.05.2013 Referent: MDB (Mitglied des Bundestages) Markus Tressel, die Grünen
Thema: Konzepte des Gesundheitssystems hinsichtlich Effizienz, Qualität und Humanität

3. Publikationen

-Artikel DFZ 2012

Juli 2012: Resümee und Anträge zur Landesversammlung 2012 (Mike Jacob)

-Artikel DFZ 2013

Januar 2013: ZORA-Stammtisch, Frauenpower im Saarland (Mike Jacob)

März 2013: Studentenarbeit im Saarland (Dirk Ruffing und Martin Honig)

April 2013: DFZ-Interview mit Martin Honig

April 2013: DFZ-Interview mit Elisabeth Glatz-Noll

Mai 2013: Saarbrücker Studentin beim Winterkongress in Davos (Katharina Pawlik und Mike Jacob)

- Fortbildungskalender der saarländischen Ärztekammer, Abtlg. Zahnärzte, 2013

Dr. Dr. Mike Jacob schloss nach seinem Verweis auf die positive Mitgliederentwicklung mit einer detaillierten Übersicht zum gestiegenen Geldvermögen des saarländischen Landesverbands des FVDZ ab und übergab das Wort an Kassenprüfer Herr ZA Kurt Nicklas.

5. Bericht des Kassenprüfers und Entlastung des Vorstands

Kurt Nicklas merkte an, dass manche kleinere Unklarheiten mit Vorstandsbeschlüssen hätten vermieden werden können, wobei Nicklas als erfahrener Kassenprüfer von Kinderkrankheiten des neuen Vorstands sprach. Insgesamt bestätigte er aber anstandslos die ordnungsgemäße Geschäftsführung in der Kassenprüfung, die von beiden Prüfern attestiert worden war (der zweite Kassenprüfer ZA Klaus-Dieter Grob fehlte entschuldigt). Die Landesversammlung stimmte demgemäß einstimmig für die Entlastung des Vorstands.

6. Neuwahlen

Für die nun anstehenden Neuwahlen übernahm der zuvor zum Versammlungsleiter gewählte Herr Dr. Hans-Joachim Tascher die Landesversammlung. Der Justitiar des FVDZ, Herr RA Michael Lennartz, der der gesamten Landesversammlung beiwohnte, stellte die Rechtmäßigkeit des Wahlprozedere sicher.

Gewählt wurden:

- Landesvorsitzender: Dr. Martin Honig (geheim: einstimmig, eine Enthaltung)
- 1. Stellvertreter: ZA Dirk Ruffing (geheim: einstimmig, eine Enthaltung)
- 2. Stellvertreter: Dr. Christiane Wagner (geheim: einstimmig, eine Enthaltung)
- Beisitzer: Dr. Dr. Mike Jacob, Dr. Elisabeth Glatz-Noll, Dr. Natascha Bauer, Dr. Jeannine Bonaventura, ZA Michael Klein, cand. med. dent. Katharina Pawlik und stud. med. dent.

Alexa Van Schöll. Die Beisitzer wurden in offener Handakklamation gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig.

- Kassenprüfer: ZA Kurt Nicklas, ZA Klaus-Peter Grob
- Stellvertretende Kassenprüfer: Dr. Hans Tascher, Dr. Alfred Weidmann
- Delegierter: Dr. Gisela Tascher
- Stellvertretender Delegierter: Dr. Dr. Mike Jacob

7. Anträge und Beschlüsse

Folgende Anträge und Beschlussfassung zu folgenden Themen wurden erörtert und im Ergebnis einstimmig beschlossen:

7.1 Streichen des Patientenrechtegesetzes aus dem BGB

Antragsteller Dr. Dr. Mike Jacob, M.A.

Wortlaut des Beschlusses:

Der saarländische Landesverband des FVDZ & Saarländisches Zahnärztesyndikat fordert den Gesetzgeber auf, das Patientenrechtegesetz aus dem BGB zu streichen und verweist auf die bislang bestehende Patientenrechtecharta.

Begründung:

Der Entwurf fördert ein landläufiges, aber fatal falsches Verständnis, dass ein Misserfolg und ein Fehler per se einhergehen. Diese Haltung ist zum einen falsch und arbeitet zum anderen gegen das professionssoziologisch vorauszusetzende und für einen Behandlungserfolg unablässige Vertrauensverhältnis in der Beziehung zwischen (Zahn-)Arzt und Patient. Ein Mehr an Bürokratie durch verschärfte Dokumentationspflichten von umfangreicher Aufklärung, Einwilligungserklärung und Therapie führt praktisch nicht zu mehr Patientenzufriedenheit und zu einer besseren Behandlungsqualität, sondern geht auf Kosten wertvoller Behandlungszeit. Für eine qualitative Verbesserung der Gesundheitsversorgung sind nicht nur Rechte des Patienten, sondern auch seine Pflichten zu benennen, wie z. B. das eigene Bemühen um seine Gesunderhaltung, mehr Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch zu nehmen und den Anordnungen seines Arztes Folge zu leisten. Die vorgesehene offensive Einbeziehung der Krankenkassen in die Arzt-Patientenbeziehung ist unter dem Vorzeichen einer zusätzlichen wirtschaftlichen Interessenlage geeignet, das Gleichgewicht einseitig zu Lasten der Ärzte zu verschieben.

7.2 Wahlprüfsteine

Antragsteller Dr. Dr. Mike Jacob, M.A.

Wortlaut des Beschlusses:

Der saarländische Landesverband des FVDZ & Saarländisches Zahnärztesyndikat fordert die Kollegenschaft sowie die Körperschaften auf, anlässlich der Bundestagswahl 2013 die Kandidaten der Parteien auf die „Prüfsteine“ der Zahnärzteschaft und Ärzteschaft anzusprechen.

Begründung:

Prinzipiell ist der saarländische Landesverband des FVDZ per Satzung gegenüber politischen Parteien neutral. Die Wahlen sind jedoch Anlass und Gelegenheit, den Parlamentskandidaten unsere Ideen für ein nachhaltig funktionsfähiges Gesundheitswesen darzulegen und zu erläutern, wie z.B. eine Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip und die Stärkung der Arzt-Patienten-Beziehung, aber auch eine Ausweitung der Transparenz, wie sie bspw. im bestehenden Gesetzestext bereits als Kostenerstattung mit Festzuschüssen vorgesehen ist. Auch ist eine dauerhafte Unterbindung jeglicher Budget- und Degressionsregelungen eine Forderung unseres zahnärztlichen Berufsstandes.

Wahlprüfsteine sind:

a) Kostendeckende Preise

Die niedergelassenen Ärzte haben sich in einer Befragung aller Vertragsärzte eindrucksvoll zum Sicherstellungsauftrag bekannt, dies aber an Bedingungen geknüpft: So sollen für ärztliche Leistungen kostendeckende Preise eingeführt und die vollständige diagnostische und therapeutische Freiheit wiederhergestellt werden. Stimmen Sie zu, dass auch niedergelassene Ärzte für ihre Leistungen kostendeckende Preise erhalten sollten?

b) Freiberuflichkeit

Durch ein BGH-Urteil wurde die besondere Rolle der freiberuflich tätigen niedergelassenen Ärzte bezeichnet als „wesentlich von persönlichem Vertrauen und einer Gestaltungsfreiheit gekennzeichnet“. Dieser Wesenskern der Freiberuflichkeit wurde in den letzten Jahren sukzessive von den Krankenkassen ausgehöhlt. Teilen Sie diese Forderung der Freiberuflichkeit und wie kann die diagnostische und therapeutische Freiheit wiederhergestellt werden?

duales System der Krankenversicherung

Sind Sie für den Erhalt des dualen Systems aus Gesetzlichen Krankenkassen und Privaten Krankenversicherungen?

- Wenn ja,

welche Reformen benötigen die jeweiligen Systeme? Sollen die Vergütungssysteme (BEMA und GOZ) angeglichen werden? Wenn ja, nach welcher Systematik und über welchen Zeitraum? Welche Zukunft hat die zahnärztliche Referenzgebührenordnung GOZ?

- Wenn nein,

wie wollen Sie die Finanzlücken in der ambulanten Versorgung, die die Abschaffung der PKV verursacht, kompensieren (es handelt sich um rund 9,5 Mrd. Euro Privathonorarumsatz in den Arztpraxen insgesamt). Die durch den Wegfall der ambulanten privatärztlichen Honorare verursachte Lücke erfordert eine Anhebung der Leistungsbewertungen im BEMA bzw. EBM um durchschnittlich 36 Prozent. Wie soll dieser Anstieg finanziert werden, oder wie soll das ansonsten zu befürchtende Praxissterben kompensiert werden?

c) Selbstverwaltung

Die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen stößt in jüngster Vergangenheit immer öfter an ihre Grenzen – beispielsweise bei den konfliktiven Honorarauseinandersetzungen in 2012. Als verantwortlich dafür wird die Machtkonzentration auf Kassenseite durch die Begründung des Spitzenverbandes Bund der Gesetzlichen Krankenkassen gemacht. Welche Veränderungen in der Organisation der Selbstverwaltung sind nötig, um sie zukunftsfest und ausgewogen zu gestalten? Sind Sie für eine Rückkehr zu kassenartenspezifischen Honorarverhandlungen auf Bundes- und Landesebene sowie für die Wiedereinführung der Beitragsautonomie der Krankenkassen? Wie stehen Sie zu der wiederkehrenden Forderung, die Sozialwahlen zu reformieren? Wie können die demokratischen Beteiligungsrechte von Versicherten und Patienten

gestärkt werden? Werden deren Interessen durch das derzeitige System der Sozialwahlen noch vertreten?

d) Förderung der Vernetzung

Der Gesetzgeber hat über 15 Jahre nach der Begründung von vernetzter Versorgung erstmals professionellen Arztnetzen die Möglichkeit einer Förderung durch die KVen eingeräumt. Wie bewerten Sie die Einführung und die ersten Erfahrungen mit diesem Instrument? Wie stehen Sie zu einem weiteren Ausbau von vernetzter Versorgung, beispielsweise durch die Möglichkeit für Arztnetze, den Leistungserbringerstatus zu erhalten oder einen Teilsicherstellungsauftrag von den Kassenärztlichen Vereinigungen verliehen zu bekommen? Erhalt der Berufsstrukturen Sind Sie für den Erhalt der bestehenden Berufsstrukturen mit einem als Generalist tätigen Zahnarzt oder plädieren Sie für eine Aufgliederung in spezialisierte Fachzahnärzte?

e) Bürokratie

Die überbordende Bürokratie gilt als eines der größten Hemmnisse für den (zahn-) ärztlichen Nachwuchs, in die Niederlassung zu wechseln. So müssen niedergelassene (Zahn-)Ärzte durchschnittlich 7,8 Wochenstunden allein für Verwaltungsarbeit aufbringen. Entgegen vielfältiger Bekundungen sind Bürokratiekosten und -aufwand seit Jahren ansteigend. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Bürokratieabbau in den Arztpraxen angehen?

f) Eigenbeteiligung der Patienten

Die 2004 eingeführte Praxisgebühr hat keinerlei Steuerungswirkung entfaltet. Daher wurde sie zum Jahresbeginn 2013 abgeschafft. Welche Elemente der Patientensteuerung planen Sie? Welche Rolle spielt dabei das System der Kostenerstattung mit sozialverträglichem Eigenanteil? Welche Formen der Selbstverantwortung oder Eigenbeteiligung planen Sie?

g) Weiterentwicklung der Vergütungssysteme

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat in seinem Sondergutachten 2012 einen verstärkten Wettbewerb um Qualität statt um Preise angeregt, was eher zur Versorgungsoptimierung und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens beiträgt als der bisher praktizierte Preiswettbewerb. Wie stehen Sie zu qualitätsbezogenen Vergütungssystemen, also zu „pay for performance“ und „pay for outcome“?

7.3 Ablehnung von Substitution zahnärztlicher Leistungen

Antragsteller Dr. Dr. Mike Jacob, M.A.

Wortlaut des Beschlusses:

Der saarländische Landesverband des FVDZ & Saarländisches Zahnärztesyndikat spricht sich für den vollständigen Erhalt der im Zahnheilkundegesetz festgelegten zahnmedizinischen Kompetenzen der Zahnärzte aus und lehnt eine Entwertung der Approbation durch Übertragung von originär zahnärztlichen Kompetenzen ab. Aus diesem Grunde fordert der saarländische Landesverband des FVDZ & Saarländisches Zahnärztesyndikat, dass im Falle von Leistungssubstitution ein Leistungsausgleich jedweder Art gegenwärtig und in Zukunft unterbleibt.

Begründung:

Der im Zahnheilkundegesetz und in der Bundesärzteordnung manifestierte Approbationsvorbehalt und Grundsatz der persönlichen Leistungserbringung besagt, dass die Durchführung von medizinischen Heilbehandlungen Ärzten und Zahnärzten vorbehalten ist. Die Regelungen sind kein Selbstzweck, sondern dienen dem

Patientenschutz. Ärztliche und zahnärztliche Behandlung darf deshalb nicht durch nichtärztliche und nichtzahnärztliche Mitarbeiter oder Personen substituiert werden.

7.4 Verwendung der Finanzmittel

Antragsteller Dr. Dr. Mike Jacob, M.A.

Wortlaut des Beschlusses:

Der saarländische Landesverband des FVDZ & Saarländisches Zahnärztesyndikat legt fest, dass die angesparten Geldmittel mittelfristig angelegt werden und somit flexibel verfügbar bleiben. Die außerordentliche Verwendung von Geldmitteln ist vom Gesamtvorstand in seinen Beschlüssen der Vorstandssitzungen zu legitimieren.

Begründung:

Die gegenwärtige unsichere Geldmarktentwicklung lässt Anlageformen mit langen Anlaufzeiten wenig vorhersehbar erscheinen und bedingt im Umgang Vorsicht. Angesichts der Finanzausstattung des saarländischen Landesverbandes unterliegt die Verwendung dessen Mittel einer besonderen Aufmerksamkeit.

8. Aussprache

Zu diesem Punkt wünschte keiner der Teilnehmer der Landesversammlung einen Redebeitrag, so dass die Landesversammlung pünktlich um 18:00 beendet wurde.